

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die wirtschaftlichen Verluste in Indochina

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1954) : Die wirtschaftlichen Verluste in Indochina, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 8, pp. 429-430

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131934>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die wirtschaftlichen Verluste in Indochina

Paris, den 14. August
Auf den Waffenstillstand in Indochina reagierte überraschenderweise die französische Wirtschaft mit nicht unerheblichem Optimismus. An der Börse erlebten so nicht zuletzt die Papiere der im Norden des Vietnam arbeitenden Gesellschaften einen Kursanstieg, wohl in der Annahme, daß sie nach Wiederherstellung ruhiger Verhältnisse auch unter kommunistischem Regime weiter arbeiten können. Der erlittene Verlust wurde zunächst offensichtlich durch das Gefühl der Entlastung zumindest psychologisch ausgeglichen. Dabei macht man sich allerdings gewisse Illusionen, besonders was die Möglichkeit einer Verringerung des innerfranzösischen Steuerdrucks betrifft.

Bei der Beurteilung der tatsächlichen Lage ist zu berücksichtigen, daß die ursprünglich sehr bedeutenden und kapitalreichen indochinesischen Kolonialgesellschaften in der Nachkriegszeit ihre flüssigen Mittel so weitgehend wie nur möglich aus Ostasien abzogen. Teilweise gaben sie dort ihre Tätigkeit ganz auf und behielten nur noch ihren indochinesischen Firmennamen, teilweise suchten sie sich zusätzliche Beteiligungen in anderen überseeischen Gebieten der Französischen Union. Sämtliche Kriegsschädenvergütungen wurden so außerhalb Indochinas neu angelegt. Selbst die Kautschukunternehmen, die bei steigender Produktion unverändert hohe Gewinne abwerfen, sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur noch teilweise an Indochina interessiert. Die „Banque de l'Indochine“, die in der

Vergangenheit das Symbol französischer Wirtschaftsmacht in Ostasien darstellte, besitzt augenblicklich nur noch weniger als 20% ihrer Aktiven in Indochina. Dieses Beispiel ist bezeichnend für die allgemeine Entwicklung. Berücksichtigung verdient auch die systematische börsenmäßige Entwertung der indochinesischen Kolonialpapiere. Diese teilweise Abschreibung fiel den Aktionären um so leichter, als gerade die gefährdeten Gesellschaften bis in die jüngste Vergangenheit hinein sehr hohe Dividenden bezahlten und damit praktisch ihr Gesellschaftskapital weitgehend indirekt zurückvergütet haben.

Nach zwangsläufig ungenauen und ihrer Zusammensetzung nach schwer kontrollierbaren Schätzungen belaufen sich die französischen Investitionen in Indochina augenblicklich noch auf 450 Mrd. frs., davon 150 Mrd. in den der kommunistischen Kontrolle überlassenen Gebieten und der Rest in Südvietnam, Laos und Kambodscha. Als gefährdet können nur die Investitionen im kommunistischen Vietnam angesehen werden. Aber auch hierfür wird in nächster Zeit nicht mit Verlusten gerechnet, da man annimmt, daß bis auf weiteres die Kommunisten schon im Hinblick auf ihren erheblichen wirtschaftlichen Wiederaufbaubedarf eine Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit betreiben werden. Der Norden des Vietnam war immer ärmer als der Süden, und sein Lebensstandard muß in Anbetracht der starken kriegsbedingten Ausblutung z. Z. auch für asiatische Verhältnisse ungewöhnlich niedrig sein.

Der landwirtschaftlich begünstigte Südvietnam wird dank der Befriedung und des Flüchtlingszustromes aus dem Norden mit einem nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Auftrieb rechnen dürfen. Die ersten Nutznießer davon dürften die französischen Kautschukplantagen sein, die bisher infolge Unruhen und mangelnder Arbeitskräfte ihre Leistungsfähigkeit nur zu etwa zwei Dritteln auswerten konnten und nunmehr ohne übertriebenen Optimismus mit einer Steigerung ihrer Jahresproduktion von etwa 70 000 auf 100 000 t rechnen können. Unabhängig von der Agrarreform sind für die aus dem Norden einströmenden Flüchtlinge, aber auch für das Elendsproletariat der Städte und Reisfelder bei etwas gutem Willen und entsprechender amerikanischer Hilfe ausgedehnte, bisher unausgenützte Landflächen vorhanden. Die Behörden des Vietnam rechnen mit massiver amerikanischer Wirtschaftshilfe, d. h. die der Wirtschaftsentwicklung dienenden Kredite sollen mindestens ebenso hoch sein wie die bisherigen Zuwendungen für militärische Zwecke. Auch Frankreich wird, nicht zuletzt aus politischen Gründen, gezwungen sein, sich finanziell an dem Wiederaufbauprogramm des Vietnam zu beteiligen. Es ist unter diesen Voraussetzungen durchaus realistisch anzunehmen, daß der wirtschaftliche Auftrieb des Landes einen mehr als hinreichenden Ausgleich für die Exportmöglichkeiten bietet, die sich bisher aus der militärischen Lage ergaben.

In französischen Wirtschaftskreisen befürchtet man selbstverständlich einen teilweisen Verlust des



VEREINSBANK IN HAMBURG

AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15
20 BETRIEBE IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

indochinesischen Marktes. Die Lieferungen an die nördlichen Gebiete fallen dabei weniger ins Gewicht als das bevorstehende Ende des französischen Einfuhrmonopols. Die drei indochinesischen Staaten wollen zwar in der Franc-Zone verbleiben, legen jedoch größten Wert auf ihre zukünftige Einfuhrfreiheit, mit der Forderung an Frankreich nach ausreichenden Devisenkontingenten. Das große Opfer dieses unumgänglichen Wandels ist die französische Baumwollindustrie. Davon abgesehen sollte man die Bedeutung des indochinesischen Marktes für die französische Wirtschaft nicht übertreiben. Er nahm 1953 etwa 8% des Gesamtexportes auf. Selbst wenn davon, was keineswegs sicher ist, 2 bis 4% verloren gehen, ist darin keine wirtschaftliche Katastrophe zu sehen. Normalerweise sollte es sich übrigens nur um interne Umschichtungen von der Gebrauchsgüter- auf die Kapitalgüterindustrie handeln. Erfolgt eine groß-

zügige Agrarform mit Ansiedlung der überschüssigen Bevölkerung auf neuen Landstrichen — und diese Lösung ist mit amerikanischer Hilfe mehr als wahrscheinlich — sollte es weder Frankreich noch den anderen europäischen Ländern an Absatzmöglichkeiten in Indochina mangeln.

Zwei Unsicherheitsfaktoren für die französische Wirtschaft verdienen abschließend Erwähnung: das indochinesische Steuersystem und die Devisenbilanz der Franc-Zone. Die steuerliche Belastung der Kolonialgesellschaften war bisher gering. Der Körperschaftsteuersatz erreicht nicht einmal die Hälfte desjenigen des Mutterlandes. Es ist anzunehmen, daß die nunmehr restlos selbständige lokale Regierung gerade im Hinblick auf den Wiederaufbau die französischen Gesellschaften steuerlich viel stärker heranziehen wird, was sie gegebenenfalls nicht daran hindern sollte, für neue ausländische Investitionen im Rahmen

eines geplanten Industrialisierungsprogrammes großzügige Steuerbefreiung zu gewähren.

Was die Devisenlage betrifft, deckten bekanntlich die amerikanischen Hilfskredite für Indochina den Fehlbetrag der französischen Zahlungsbilanz. Selbst wenn sie durch wirtschaftliche Investitionen aus der gleichen Quelle in Indochina ersetzt werden, verbleibt eine Lücke, denn ein Teil der Beträge würde zu Käufen außerhalb der Franc-Zone Verwendung finden. Die französische Regierung ist sich dieser neuen Lage sehr wohl bewußt und hofft, für diesen Minderertrag durch gesteigerten Export einen Ausgleich zu schaffen. Gegebenenfalls könnte sie auch an eine Erleichterung und damit Belebung der ausländischen Investitionstätigkeit in den anderen überseeischen Gebieten der Französischen Union denken. An Aufgaben und wirtschaftlich dringenden Erfordernissen mangelt es dort keineswegs. (f)

Italiens Argumente für seinen Anspruch auf Triest

Nach Abschluß des Balkanpaktes zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei gewinnt das „Triestproblem“ erneut an aktueller Bedeutung. Nachdem wir im Märzheft einen Beitrag über die wirtschaftliche Zugehörigkeit Triests veröffentlicht hatten, erhalten wir nunmehr eine Stellungnahme von italienischer Seite, die allerdings weniger auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge eingeht und das Schwergewicht auf das ethnische Problem legt.

Eine objektive, die Wirklichkeit nicht aus dem Blickfeld verlierende Betrachtung des Triester Problems müßte wohl von der Feststellung ausgehen, daß das Zünglein an der Waage das nationale Moment ist und daß dieses Moment einen entschiedenen Ausschlag zugunsten Italiens gibt. In politischer Beziehung gleichen sich die italienischen und die jugoslawischen Ansprüche ungefähr aus. Wirtschaftlich kann Triest, solange sein Schwerpunkt in der vom Außenhandel des natürlichen Hinterlandes abhängigen Hafenbewegung liegt, heute nur eine Last bedeuten. Vor 1914 war die Bedeutung Triests als Haupthafen der Habsburger Monarchie und als einziger Hafen ihrer österreichischen Hälfte nicht eigentlich durch die damals erreichte Größe des Umschlagvolumens als vielmehr durch

dessen Anwachsen von Jahr zu Jahr und entsprechend durch den Zufluß des erforderlichen Ausbaukapitals gegeben. Italien hat nach diesem Kriege alles daran gesetzt, um ein Absinken des Umschlagvolumens zu verhindern. Bei der Aufteilung der Überseerouten auf die vier in dem Staatskonzern aufgegangenen Großreedereien erhielt der Lloyd Triestino — mit dem Heimathafen Triest — den Ostverkehr durch den Suezkanal bis Japan, China und Australien zugesprochen. Damit wurde dem Hafen auch ein italienischer Umschlag gesichert, der andernfalls nicht an die Nordspitze der Adria herangekommen wäre. Darüber hinaus war es Italien gelungen, trotz des verstärkten Wettbewerbs der Nordseehäfen (der zwar schon zur Zeit der Monarchie wirksam geworden war, sich aber hatte leichter unter-

binden lassen) Triest einen namhaften Anteil am nachkriegsösterreichischen Außenhandel zur See zu sichern. Mit Wien wurden sogar Abmachungen getroffen, die auch ein direktes Interesse Österreichs am Triester Hafen vorsahen (eigene Lagerhäuser in der für Österreich reservierten Freihafenzone, Einschaltung österreichischer Schiffe in den Verkehr etc.), Zielsetzungen, die allerdings bis 1938 infolge der Wirtschaftsschwächen und Kapitalarmut der Republik Österreich keine rechten Fortschritte machten. Die seit etwa der Jahrhundertwende begonnene, allerdings der Privatinitiative überlassene und durch keine Staatsmaßnahmen geförderte Industrialisierung des Vorlandes von Triest wurde von Italien in jeder Weise unterstützt. Das faschistische Regime, das an den gegenwärtigen Spannungen durch seine Politik der Entnationalisierung der slowenischen Minderheit die Hauptschuld trägt, hat weiter für die Niederlegung der Altstadt und die Durchführung des entworfenen Stadtbauplanes beträchtliche öffent-

liche Mittel zur Arbeitsbeschaffung aufgewendet und privates Kapital zum Einsatz gebracht, wie es auch die Defizite der Gemeindeverwaltung jeweils zu decken bereit war. Die Frage ist müßig, ob Jugoslawien hinsichtlich der wirtschaftlichen Daseinsbedingungen Triests überhaupt in der Lage wäre, in gleicher Weise vorzusorgen wie Italien. Man braucht sich nur vor Augen zu halten, daß schon zur Ersetzung des italienischen Umschlags im Triester Hafen ein beträchtlicher Anteil des jugoslawischen Außenhandels zur See dorthin umgeleitet werden müßte (der Teil des natürlichen Hinterlandes Triests, der auf Slowenien, insbesondere auf das ehemalige Krain entfällt, trägt nur unbedeutend zum Gesamtumschlag bei). Mit dem Fortfall des Schiffsraumes des Lloyd Triestino, dessen Kapital ganz in italienischer Hand ist, würde die auch heute stark fühlbare Anziehungskraft der Nordseehäfen auf den österreichischen Außenhandel mit einem Schlag bestimmend werden. Sofortigen Ersatz bereitzustellen, reicht die Tonnage der jugoslawischen Flotte nicht aus.

Im Triester Bahnumschlag steht Italien an zweiter, Jugoslawien an fünfter, im Seeumschlag Italien an dritter, Jugoslawien an siebzehnter Stelle. Der Unterschied im Umschlag zur See zwischen 1952 und 1938 deckt sich ungefähr mit den Transporten der USA, die bezüglich der ausgeschifften Waren der Hauptsache nach aus Hilfslieferungen an Österreich, Südostdeutschland und Jugoslawien bestehen (für Italien wird vorwiegend der Hafen von Livorno benutzt).

Was die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung des Freiterritoriums anlangt, geht die letzte offizielle Zählung auf das Jahr 1921 zurück. Auf dieser Grundlage würden entfallen:

auf die Zone A (219,76 qkm) 262 382 Einwohner, davon 211 660 Italiener und 32 403 Slowenen (für den August 1953 ergaben nicht restlos verlässliche statistische Ermittlungen eine Gesamtzahl von 297 003, davon 257 858 Italiener und 39 145 Slowenen);

auf die Zone B (563,34 qkm) 71 749 Einwohner, davon 54 651 Italiener und 17 098 Slowenen (derzeit nach ungefähren Feststellungen von Prof. Schiffrer der Triester Universität rund 57 000,



wovon — auf Grund der Gebrauchssprache — etwa 40 000 Italiener und 17 000 Slowenen; nach einer Zählung des Belgrader Instituts für adriatische Forschung vom Dezember 1945 — veröffentlicht im „Cadastre National de l'Istria“ — insgesamt 67 461, davon 29 672 Italiener und 30 789 Slawen).

Nun ist die von den Westmächten 1948 im Sinne einer Rückgabe des Triester Territoriums an Italien abgegebene Erklärung einschließlich ihrer späteren Neufassungen eindeutig vom Gesichtspunkt der nationalen Zugehörigkeit des überwiegenden Anteils der Bevölkerung ausgegangen. Ebenso waren die Weisungen, die Außenminister Piccioni von der italienischen Regierung für die Behandlung der Frage in Paris erhalten hat, auf dieses Grundargument abgestellt. Nach dem Kriege war eine amerikanisch-britisch-französische Kommission in Triest und Istrien Monate hindurch damit beschäftigt, die Grenzziehung zwischen Italien und Jugoslawien nach ethnischen Gesichtspunkten festzulegen. Drei „Linien“ wurden vorgeschlagen, und keine davon wurde genehmigt. Jugoslawien bekam Istrien und gab sich damit zufrieden, daß das „freie Territorium“ geschaffen wurde, ein diletantisches Gebilde, von dessen dauernder Lebensfähigkeit wohl selbst seine Konstrukteure kaum überzeugt sein konnten, während sowohl Italien als auch Jugoslawien sich von vornherein darüber im klaren waren, daß die Frage der endgültigen Zuweisung des Gebiets an den einen oder den

anderen Prätendenten früher oder später würde spruchreif werden müssen. Daß der Gouverneursposten nicht besetzt werden konnte, ist lediglich als Symptom zu werten. Die Alliierten stimmten zu, als Italien sich bereit erklärte, das unvermeidlich Verwaltungsdefizit der Stadt Triest zu decken (erst kürzlich hat Italien einen Beitrag für Triest in Höhe von über 6,26 Mrd. Lire für das erste Halbjahr 1954 sowie den regelmäßigen Zuschuß für den Schiffbau in den Werften der Zone A — 1,755 Mrd. Lire — genehmigt). Jugoslawien wurde mit der Besetzung der Zone B beauftragt. Das Streitobjekt wurde aus Naivität oder aus Raffinement präjudiziert. Die Westmächte, die ihre gemeinsam abgegebene Erklärung zugunsten Italiens sicherlich nicht ad acta legen können, werden aber die Entscheidung nicht treffen, sondern im Verhandlungswege — wohl durch Herbeiführung einer Verständigung zwischen Italien und Jugoslawien — die Lösung des Triestproblems zu finden suchen, allerdings dringlicher als sie es bisher schon getan haben. Die Ausichten sind in der letzten Zeit günstiger geworden, wenigstens insoweit als Italien auf eine Einigung angewiesen ist, weil sie der Ratifizierung des Beitritts zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch das Parlament förderlich wäre, und als andererseits auch Tito in der letzten Zeit schon wegen des Balkanpaktes aus der Spannung mit Italien herauskommen möchte. (Cr.)